

„Ein normaler Mensch kann die Bescheide nicht verstehen“

Der Beratungsbedarf bei den fünf Verbänden der Liga der Wohlfahrtspflege ist explodiert – zwei Berater erklären weshalb

Von Anica Edinger

Bis zu 30 Seiten lang kann ein Hartz-IV-Bescheid sein. Für viele Empfänger stellt dessen Entschlüsselung eine schier unüberbrückbare Hürde dar. Peter Wallenwein (53), Diplom-Sozialarbeiter beim Diakonischen Werk, und Hermann Stammer (59), Geschäftsführer bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO), können ein Lied davon singen. Sie sind auch für die Sorgen der Menschen da, die finanzielle Hilfe vom Staat brauchen. Weshalb der Beratungsbedarf seit der Einführung von Hartz IV explodiert ist, erklären die beiden im RNZ-Gespräch.



Peter Wallenwein (l.) und Hermann Stammer im Diakonischen Werk. Foto: Hentschel

> Mit welchen Problemen kommen die Leute zu Ihnen zur Beratung?

Wallenwein: Die meisten kommen mit den Bescheiden vom Jobcenter, die die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II regeln. Es kommen also viele Arbeitslose oder Geringverdiener, die die dreistufige Berechnung nicht verstehen.

> Wo liegt denn das Problem bei den Bescheiden?

Wallenwein: Darin, dass man sie als normaler Mensch nicht verstehen kann.

> Was genau ist denn unverständlich?

Wallenwein: Schwierig wird es vor allem in der Bedarfsberechnung für die Wohnung. Da gibt es Angemessenheitskriterien – ein Empfänger von Grundsicherungsleistungen soll nämlich nicht in einer Luxuswohnung in Neuenheim mit

vergoldeten Wasserhähnen leben. Das Jobcenter legt die Kriterien aber nicht offen auf den Tisch, was zu Unsicherheiten führt. Auch die Berechnungen für den Strom sind ein Problem. Da hat der Gesetzgeber 31,93 Euro vorgesehen, was wegen der steigenden Preise zu wenig ist.

> Die Heidelberger Stadtwerke haben dafür eine Aktion ins Leben gerufen?

Stammer: Vor einigen Jahren hat man dort einen Topf für die sogenannte „Aktion Nähe“ angelegt. Menschen, die am Ende des Jahres von einer hohen Stromrechnung überrascht werden, können beantragen, einmalig unterstützt zu werden.

> Einmalig heißt einmal im Jahr?

Stammer: Nein, einmal im Leben. Das hat sich als Problem herausgestellt. Wenn ein Empfänger etwa die Förderung in einem Jahr beantragt und 150 Euro bezuschusst bekommt, im nächsten Jahr ist seine Abrechnung aber noch viel höher, dann bekommt er nichts mehr. Wir haben bald ein Gespräch mit den Stadtwerken und versuchen, eine Lösung zu finden – auch für eine gerechtere Verteilung.

> Was hat sich für die Verbände seit der Einführung von Hartz IV verändert?

Stammer: Bis das Gesetz in Kraft trat, hatten wir bei der Sozialberatung ein ganz normales Angebot, das ist mit Hartz IV nachfragemäßig urplötzlich explodiert. **Wallenwein:** Und die Idee des Gesetzes war eigentlich, dass es weniger Beratungsbedarf geben soll.

> Was ist da schief gelaufen?

Stammer: Hartz IV hat den Versuch gemacht, zu entbürokratisieren, indem man keine einmaligen Leistungen beispielsweise für den Wintermantel bekommt. Die Empfänger müssen jetzt das ganze Jahr für den Mantel sparen, weil sie alles auf einmal bekommen. Und das mit dem Zurücklegen funktioniert nicht so gut.

Wallenwein: Man hat den Menschen ein größeres Budget in die eigene Verantwortung gegeben. Dass viele Leistungen aber nicht reichen, ist nachgewiesen. Beispiel Strom: Viele kaufen alte Geräte, weil



Der Beratungsbedarf bei der allgemeinen Sozialberatung steigt. Grund dafür ist vor allem die Komplexität der Hartz-IV-Bescheide – deswegen suchen Sozialhilfeempfänger immer öfter die Angebote der Verbände der „Liga der Wohlfahrtspflege“ auf. Foto: dpa

die billiger sind. Die ziehen aber viel mehr Strom als teurere Geräte, die sich die Empfänger nicht leisten können.

> Liegt die hohe Nachfrage nach der Beratung nur an den schwierigen Bescheiden oder auch daran, dass es mehr Hartz-IV-Empfänger gibt?

Wallenwein: Thema Mindestlohn, das spielt auch eine Rolle. Es gibt jetzt nämlich auch Menschen, bei denen das Geld trotz Vollzeitstätigkeit nicht ausreicht. Gefühlmäßig sind die Zahlen seit meinen 18 Jahren im Amt stetig gestiegen. **Stammer:** Wir erheben erst seit 2009 Zahlen, deswegen geht viel nach Gefühl.

> Wo sehen Sie konkret Verbesserungsbedarf in Heidelberg?

Wallenwein: Die Leute vertrauen dem Jobcenter in aller Regel nicht. Es fehlt Transparenz. Für viele notwendige Förderungsmöglichkeiten fehlen die Voraussetzungen, etwa für Angebote, die über ein Bewerbungstraining hinausgehen. Mehr Flexibilität wäre auch gut. Wenn die Menschen einen Termin versäumen, bekommen sie in den nächsten drei Monaten zehn Prozent weniger, egal, ob sie sich entschuldigen und den Termin nachholen. Das ist pädagogisch nicht

nachvollziehbar. Gut wäre auch, wenn es mehr Stellen für weniger gut qualifizierte Leute gäbe, in Heidelberg gibt es eher Jobs für Fachkräfte, das sind viele Hartz-IV-Empfänger aber nun mal nicht. **Stammer:** Deswegen haben wir uns für das Sozialticket eingesetzt. So können sich die Leute außerhalb Heidelbergs bewerben.

> Bezahlbarer Wohnraum ist schon lange ein Problem in der Stadt. Wird sich in den nächsten Jahren etwas tun?

Stammer: Dabei muss man sich zunächst einmal fragen: Will die Stadt eine gute Durchmischung erreichen oder will man stadtteilmäßig sortieren? Ich denke, die Diskussion läuft im Moment positiv, es ist klar, dass es Handlungsbedarf gibt. **Wallenwein:** Das sieht man ja auch bei der Diskussion um die Konversionsflächen.

> Dort soll ja günstiger Wohnraum geschaffen werden. Besteht die Gefahr einer Gettoisierung?

Wallenwein: Dort sollen ja nicht nur, sondern auch bezahlbare Wohnungen geschaffen werden. Deswegen denke ich, dass es dort schon eine Durchmischung geben wird. In der Bahnstadt gibt es bei den Preisen im Gegenteil mit Sicherheit keine Durchmischung.

HINTERGRUND

> Die AWO und das Diakonische Werk bilden gemeinsam mit der Caritas, dem Roten Kreuz und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband die „Liga der Wohlfahrtspflege“. Im Sommer letzten Jahres beschloss der Gemeinderat, den Zuschuss für die Verbände auf insgesamt 60 000 Euro im Jahr zu erhöhen – jeder Verband bekommt jährlich also 12 000 Euro von der Stadt. Somit konnten die Beratungsstunden von acht auf elf pro Woche ausgeweitet werden. 2012 wurde die Allgemeine Sozialberatung bei den Verbänden der Wohlfahrtspflege von insgesamt 1275 Menschen genutzt – 42 Prozent davon kamen wegen ihrer Hartz-IV-Bescheide. Nicht mit eingerechnet sind dabei die Folgetermine, die sich eventuell aus den Beratungen ergeben. Peter Wallenwein räumt jedem Beratungsklienten eine halbe Stunde ein. In einer Woche hat der Diplom-Sozialarbeiter oft bis zu 24 Termine. Drei Mal in der Woche bietet die AWO eine offene Sprechstunde für Notfälle an, nämlich dienstags und freitags von 10 bis 12 Uhr sowie donnerstags von 15 bis 17 Uhr. ani